



**Familienbund
der Katholiken**
im Erzbistum Paderborn e.V.



Kommunale Familienpolitik 2020–2026

**Investitionen in Familien
tragen wesentlich zur positiven
Gestaltung von Zukunft bei.**

Wir über uns

Der Familienbund der Katholiken ist die Interessengemeinschaft zur Vertretung und Koordinierung familienbezogener Anliegen in Kirche, Staat, Gesellschaft und Politik. Er besteht aus Diözesan- und Landesverbänden und wird mitgetragen von Mitgliedsverbänden. Er basiert auf christlichen Wertvorstellungen.

Die Ziele des Familienbundes der Katholiken sind:

- die Familie als auf gleichberechtigter Partnerschaft der Eltern gegründete Lebens- und Verantwortungsgemeinschaft und als unentbehrlichen Pfeiler der Gesellschaft anzuerkennen;
- die eigenständige und zugleich in die Gesellschaft integrierte Familie zu fördern;
- die Erziehungsfähigkeit der Familie zu stärken;
- die gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation der Familie zu sichern und ihre Benachteiligungen in der Gesellschaft zu beseitigen.

Weitere Informationen finden Sie unter:

www.familienbund-paderborn.de



Inhalt

Inhaltsverzeichnis	3
Vorwort	4
Vorbemerkung	7
1. Kommunale Familienpolitik aus der Sicht eines katholischen Eltern- und Familienverbandes	8
Die Familie	8
Ehe als Leitbild für Familie	8
Familie und Gesellschaft	9
Familienbund – Interessenorganisation	10
Familienpolitik als Aufgabe von Kommunen	10
2. Kommunale Zeitpolitik für Familien	12
Gute Anfänge: Ansätze auf kommunaler Ebene	13
3. Verbesserung der finanziellen Situation von Kommunen	14
Beteiligung von Eltern, Kindern und Jugendlichen	14
4. Wesentliche Anliegen des Familienbundes	15
1. Maßnahmen und Instrumente, die dem zentralen Stellenwert von Familien in der Kommunalpolitik und in der Öffentlichkeit gerecht werden	15
2. Maßnahmen zur Förderung der Erziehung in der Familie	17
3. Familie und Wohnen	21
4. Gestaltung des „sozialen“ Erwerbsarbeits- marktes als Aufgabe der Kommunen	22

Liebe Familien!

Der Familienbund im Erzbistum Paderborn versteht sich als Interessenorganisation für eine „Generationenübergreifende Familienpolitik“, insbesondere als Lobby für Eltern, Kinder und Jugendliche. Er setzt sich dafür ein, dass in den pastoralen Räumen und den Kreisen, Kommunen und Gemeinden des Erzbistums Paderborn Mütter und Väter die Anerkennung erhalten, die ihnen als Eltern und Familie zusteht.

Es ist höchste Zeit für eine Familienpolitik, die die Familien in den Mittelpunkt der pastoralen, politischen und gesellschaftlichen Aufmerksamkeit stellt. Alle Verantwortlichen in Kommunen und im Raum der katholischen Kirche haben ihre Entscheidungen daraufhin zu überprüfen und daran zu messen, wie sie sich für Eltern, Kinder, Jugendliche, Senioren und für Ehe, Lebenspartnerschaften und Familie auswirken. Wir fordern eine „Familienverträglichkeitsprüfung“!

Die hier dokumentierten Grundaussagen bilden den Kern der Initiative „Kinderlärm ist Zukunftsmusik“, die der Familienbund im Jahr 2009 ins Leben gerufen hat. Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft und sichern deren Fortbestand.

Es ist höchste Zeit für eine Familienpolitik,
die die Familien in den Mittelpunkt
der pastoralen, politischen und
gesellschaftlichen Aufmerksamkeit stellt.

Setzen Sie sich mit uns gemeinsam ein:

- für mehr Wertschätzung von Eltern in den pastoralen und kommunalen Räumen des Erzbistums Paderborn,
- für mehr Familienfreundlichkeit und eine bessere Infrastruktur, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in kirchlichen Institutionen, Betrieben und in Kreisen, Kommunen und Gemeinden,
- für ein qualitativ besseres Bildungsangebot in Kindertageseinrichtungen und Schulen, für mehr gesellschaftliche Teilhabe und Chancengerechtigkeit für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene,
- für das „Wohl von Kindern“ – Unterstützen Sie unsere Aktionen „Stoppt Kinderarmut“ und „Kinderlärm ist Zukunftsmusik“!

Sprechen Sie uns an und planen Sie familienpolitische Aktionen in Kooperation mit dem **Familienbund der Katholiken – Ihrer Lobby für Familie – im Erzbistum Paderborn.**

Familie ist da,
wo Kinder aufwachsen,
wo Eltern mit ihren
erwachsenen Kindern
leben und sie in
Ausbildung und
Studium **unterstützen**
und wo Erwachsene
Verantwortung für ältere,
pflegebedürftige Eltern
und andere Angehörige
übernehmen.

Vorbemerkung

Sozial- und Lebensräume miteinander gestalten!

Die Weitergabe von Leben ist ein wichtiger Garant dafür, dass unsere Gesellschaft eine gute Zukunft hat. Dazu benötigen junge Paare/Eltern verlässliche, wirtschaftlich gesicherte Rahmenbedingungen. Zeit für die Familie in unterschiedlichen Phasen der Familienentwicklung ist eine wichtige Voraussetzung für eine gelingende Kindheit.

Kinder wünschen sich verlässliche Zeiten mit ihren Eltern und autonome Eigenzeiten. Ebenso bedarf es aber auch einer finanziell gesicherten Ausstattung der Familie. Wenn diese nicht aus eigener Kraft gewährleistet werden kann, müssen entsprechende Unterstützungen geleistet werden. Neben den Faktoren Zeit und Geld benötigen Familien auch eine gute Infrastruktur an Beratungs- und Unterstützungsangeboten sowie bei der Kindertagesbetreuung.

Bei der Gestaltung der Sozial- und Lebensräume, eben der Infrastruktur, kommt den Städten, Gemeinden und Landkreisen eine besondere Bedeutung zu.

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Bezug auf Erwerbsarbeit, Erziehung, Bildung, Wohnen und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind für viele Paare/Eltern wichtige Kriterien für die Wahl ihres Wohnsitzes und die Entscheidung für Kinder.

Es geht um die Zukunft und Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen, um bessere Bildung und Chancengleichheit für alle. Die Fähigkeiten der jungen Menschen müssen wir fördern und stärken – zur Gestaltung einer solidarischen Gesellschaft. Besondere Aufmerksamkeit ist dabei dem Jugendalter und der Frage der Existenzsicherung junger Erwachsener (Paare) auf dem Weg zur Familiengründung zu widmen.

1. Kommunale Familienpolitik aus der Sicht eines katholischen Eltern- und Familienverbandes

Die Familie

Die Familie ist auch im 21. Jahrhundert das attraktivste Lebensmodell unserer Gesellschaft. Der Familienbund der Katholiken im Erzbistum Paderborn e.V. definiert Familie als generationenübergreifende Verantwortungsgemeinschaft: Familie ist da, wo Kinder aufwachsen, wo Eltern mit ihren erwachsenen Kindern leben und sie in Ausbildung und Studium unterstützen und wo Erwachsene Verantwortung für ältere, pflegebedürftige Eltern und andere Angehörige übernehmen.

Die Familie hat sich in den letzten Jahrzehnten in ihrem Selbstverständnis und ihren Strukturen stark verändert. Wie Familie tatsächlich gelebt wird, kann heute sehr vielfältige Vorstellungen und Formen umfassen.

Denn in der Familie spiegelt sich der soziale und kulturelle Wandel in Deutschland in seinen vielfältigen Erscheinungsformen und gesellschaftlichen Folgewirkungen.

Ehe als Leitbild für Familie

Der Familienbund Paderborn stellt sich diesen gesellschaftlichen Veränderungen. Wir sehen gleichwohl in der auf Ehe gegründeten Partnerschaft die beste Voraussetzung für ein gelingendes Zusammenleben und die Übernahme von Verantwortung für Kinder und ältere Angehörige. Der Familienbund Paderborn ist der Überzeugung, dass ein christliches Ehe- und Familienverständnis mit den zu Grunde liegenden christlichen Grundwerten wie Treue, Liebe, Verlässlichkeit, Solidarität, Eigenverantwortlichkeit, Leistungsbereitschaft, Daseinsfürsorge für Andere, Rücksichtnahme und Toleranz die beste Grundlage für menschliches und gesellschaftliches Zusammenleben und für seelische und geistige Reifungsprozesse von Kindern ist.

Die Geborgenheit im christlichen Glauben, der Wunsch, Leben weiterzugeben und das Eingebettetsein

in eine christliche Gesellschaft ist für Mütter, Väter und Kinder eine wichtige Basis, auf der sie eigenverantwortlich und solidarisch ihr Leben planen können.

(siehe auch: agenda Familie/Heft FamilienLeben/Bundesverband Familienbund der Katholiken)

Familie und Gesellschaft

Der Alltag von Paaren und Familien hängt entscheidend von Einstellungen und Verhältnissen in den Lebensräumen der Menschen ab. Wertvorstellungen prägen das Leben ebenso wie die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Es ist für das einzelne Paar oder die einzelne Familie nicht gleichgültig, wie über Ehe und Partnerschaft gedacht und geredet wird oder welche Anerkennung die Übernahme von Verantwortung als Mutter oder Vater findet.

Familien leben in einer Gesellschaft, die zwar auf ihre Leistungen nicht verzichten kann, aber auf ihre Bedürfnisse wenig Rücksicht nimmt. Im Gegensatz zur ideellen Wertschätzung, die Familien entgegengebracht wird, sind ihre gesellschaftlichen Rahmenbedingungen von strukturellen Rücksichtslosigkeiten geprägt. Daher brauchen Familien den Schutz der Gesellschaft sowie der Politik gemäß Art. 6 Grundgesetz.

Es ist für das einzelne Paar oder die einzelne Familie nicht gleichgültig, wie über Ehe und Partnerschaft gedacht und geredet wird.

Familienbund – Interessenorganisation

Der Familienbund Paderborn setzt sich als Interessenorganisation von, für und mit Familien dafür ein, dass im politischen, kirchlichen und wirtschaftlichen Raum Rahmenbedingungen geschaffen und gefördert werden, die Familien in unterschiedlichen Lebenslagen und Alltagssituationen unterstützen, so dass flächendeckend ein familienfreundliches Umfeld entsteht. Wir sind davon überzeugt, dass eine familienfreundliche Gesellschaft gleichzeitig eine lebensfreundliche Gesellschaft für alle Bürger ist, gleich in welcher Lebenssituation diese sich gegenwärtig befinden.

(siehe auch: agenda Familie: FamilienLeben, Steuern & Transfers, Familienverträglichkeit, Soziale Sicherung, Erziehung, Bildung & Betreuung/ Bundesverband Familienbund der Katholiken, Berlin)

Familienpolitik als Aufgabe von Kommunen

Familienpolitik ist eine zentrale Aufgabe für Städte, Gemeinden und Landkreise entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip. Der Familienbund Paderborn bemüht sich um eine Vernetzung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen und Institutionen zum Wohle von Eltern, Kindern und Jugendlichen.

In den Gemeinden, Städten und Landkreisen in NRW ist der Handlungsbedarf rund um die Bedürfnisse von Eltern, Kindern und Jugendlichen zunehmend größer und komplexer geworden.

Es müssen Konzepte und Strategien entwickelt werden, um den vielfältigen Interessen von Familien vor Ort Rechnung zu tragen. Dabei sind Kommunen auf eine enge Zusammenarbeit mit den Kirchen und ihren Institutionen angewiesen. Zur Gestaltung besserer Rahmenbedingungen für Familien benötigen die Städte, Gemeinden und Landkreise eine bessere Finanzausstattung durch das Land NRW und den Bund.

Wesentliche Herausforderungen beziehen sich dabei auf:

- die Schaffung von Voraussetzungen für ein generationenübergreifendes Miteinander,
- den Ausbau einer familienreundlichen, nachhaltig geplanten, sozialen und gesundheitsbezogenen Infrastruktur. Sie soll Eltern, Kindern, Jugendlichen und Senioren jeweils die Unterstützung bieten, die sie brauchen,
- die Weiterentwicklung der Kommunen zu attraktiven und zukunftstauglichen Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorten mit familienreundlichen Beschäftigungsstrukturen. Sie sollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen,
- die Stärkung der lokalen Ökonomie, insbesondere in Stadtteilen mit sozialem Erneuerungsbedarf. Sie soll die sozioökonomische Lage der Familien verbessern und zum Abbau von Kinderarmut und zur Schaffung von Ausbildungsplätzen für Jugendliche führen,
- die Öffnung und Vernetzung von Bildungswegen zur Unterstützung lebenslanger Lern- und Qualifizierungsprozesse,
- die Verbesserung der Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsqualität in Kindertageseinrichtungen und Schulen. Sie soll Kindern und Jugendlichen – unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft – größere Bildungschancen eröffnen,
- die Überwindung sozialer und ethnischer Abgrenzung in den Städten und die Förderung des sozialen Zusammenhalts im Gemeinwesen,
- die Initiierung sozialer Netzwerke. Sie soll zu einer stärkeren Einbindung von Bürger/-innen mit und ohne Kinder in die solidarische Stadtgesellschaft beitragen und eine Identifikation mit dem Quartier fördern,
- die Schaffung kinder- und familiengerechter Wohnungen. Sie soll zu einer attraktiven Gestaltung des öffentlichen Nahraums mit vielfältigen Gelegenheiten für Kultur und Freizeit, Sport und Spiel in einer gesunden Umwelt führen und somit den Familien mehr Lebensqualität ermöglichen.

2. Kommunale Zeitpolitik für Familien

Der Begriff „kommunale Familienzeitpolitik“ im hier gebrauchten Sinn umfasst grundsätzlich alle Maßnahmen vor Ort, die dazu beitragen, Zeitkonflikte von Familien zu reduzieren. Dazu stimmen Kommunen, Arbeitgeber, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, Dienstleister, Verkehrsbetriebe und Freizeitanbieter ihre Zeitstrukturen und deren Taktungen entsprechend den Bedürfnissen von Familien besser aufeinander ab. Ziel der kommunalen Familienzeitpolitik ist es, die Lebensqualität von Familien zu steigern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Familienzeitpolitik ist nicht Infrastrukturpolitik, jedoch eng mit dieser verzahnt. Die Maßnahmen von Zeitpolitik erstrecken sich im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes auf alle Bereiche des kommunalen Lebens und schaffen damit für Familien in verschiedenen Alltagsbereichen Entlastung. Kommunale Familienzeitpolitik ist darüber hinaus fest in den Organisationsstrukturen der Kommune verankert, wird meist auch zentral von dort koordiniert und ist damit ein dauerhaftes Element kommunaler Planungsprozesse.

Wie kann es Familien gelingen, dieses zerbrechliche Gebilde der **Alltagsorganisation** zu **stabilisieren**? Diese Frage geht nicht nur die Eltern an, die sich mehr Zeit füreinander wünschen und ein partnerschaftliches Familienverständnis umsetzen möchten, das beiden berufliche Tätigkeit und ein berufliches Fortkommen erlaubt. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des bereits spürbaren Fachkräftemangels wird es immer mehr zur **Schlüsselaufgabe für Kommunen und Unternehmen**, sie überzeugend zu beantworten. Denn ob, wann und wo qualifizierte Frauen und Männer eine Familie gründen, wo sie dauerhaft leben und in welchen Umfängen insbesondere Mütter arbeiten können, hängt vor allem auch davon ab, wie stimmig die Zeitstrukturen in ihrem Umfeld sind und wie gut sich Familie und Beruf vereinbaren lassen. Mit anderen Worten: Genügend verlässlich verfügbare und gestaltbare Zeit bestimmt ganz entscheidend die **Lebensqualität** von Familien.

Zeitpolitik für Familien muss also als kommunale Aufgabe verstanden und verankert werden.

(Kommunale Zeitpolitik für Familien, Praxisleitfaden, BMFSFJ 2014)

Gute Anfänge: Ansätze auf kommunaler Ebene

Viele Kommunen sind bereits sehr aktiv, indem sie etwa die Öffnungszeiten von Verwaltungen und Kitas flexibilisieren und Ganztagschulen bzw. -angebote schaffen.

Dieses Engagement gilt es gemeinsam mit starken Partnerinnen und Partnern auszubauen. Gute Infrastrukturen wie Betreuungsangebote für Kinder sind eine Voraussetzung dafür, dass Eltern spürbar entlastet werden. Da Zeitkonflikte vielfältige Ursachen haben, die auch voneinander abhängen bzw. miteinander verzahnt sind, lässt sich die zeitliche Entlastung von Familien verbessern, wenn es gelingt, mit allen Akteurinnen und Akteuren vor Ort ein stimmiges Gesamtkonzept von Zeit für Familien zu entwickeln, das alle relevanten Handlungsfelder (siehe Kapitel I.B) berücksichtigt und dessen einzelne Maßnahmen sinnvoll ineinandergreifen.

Meistens ist es gar nicht erforderlich, große und teure Projekte auf den Weg zu bringen. Kommunale Zeitpolitik bedeutet vor allem, die vorhandenen Angebote und Strukturen wie Öffnungszeiten und Fahrpläne neu zu betrachten: Wie lassen sie sich sinnvoll umgestalten bzw. koordinieren und wie können vorhandene Ressourcen besser genutzt werden, um Familien zu entlasten? Wenn man sich die Wechselwirkungen bewusst macht und in die Planung einbezieht, reduzieren oft schon kleine Veränderungen die Zeitkonflikte erheblich. Entscheidend ist, dass die verschiedenen Akteurinnen und Akteure sich direkt austauschen.

(Kommunale Familienzeitpolitik, Praxisleitfaden, BMFSFJ 2014)

3. Verbesserung der finanziellen Situation von Kommunen

Die Verlagerung von Kosten von Bund und Land auf die Kommunen muss ein Ende haben, damit die kommunale Selbstverwaltung ihre Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit weiterentwickeln kann.

Der Familienbund der Katholiken im Erzbistum Paderborn e.V. unterstützt das Bemühen der kommunalen Spitzenverbände für eine bessere Finanzausstattung durch das Land NRW, insbesondere um Rahmenbedingungen für Eltern, Kinder und Jugendliche lebensraumnah zu verbessern und weiterzuentwickeln. Entlastungen müssen zum Wohle der Familien von Land und Bund gewährt werden, um die kommunale Selbstverwaltung zu stärken.

Beteiligung von Eltern, Kindern und Jugendlichen

Dem Familienbund Paderborn ist es ein besonderes Anliegen, dass Kommunen, Kirchen und soziale Einrichtungen den Dialog mit den Familien führen. Darin soll die Einbindung von Kindern, Jugendlichen, Eltern und Senioren in kommunale Planungs-, Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse eine entscheidende, bedeutsame Rolle spielen. Dies bedeutet auch, dass Eltern sich politisch engagieren, damit Familien eine Zukunft haben.

Unterstützt werden kann das politische Engagement durch den Qualifizierungskurs „Familienbeauftragte/r“ des Familienbundes.

**Eltern müssen sich politisch engagieren,
damit Familien eine Zukunft haben.**

4. Wesentliche Anliegen des Familienbundes

1. Maßnahmen und Instrumente, die dem zentralen Stellenwert von Familien in der Kommunalpolitik und in der Öffentlichkeit gerecht werden

Familien sind Zukunft. Sie benötigen besondere Unterstützung. Für eine vorausschauende kommunale Familienpolitik ist es wichtig, Instrumente zu entwickeln, um gemeinsam mit Eltern, Kindern, Jugendlichen und Senioren die Sozial- und Lebensräume zu gestalten.

Wir fordern:

- !!! Die Einrichtung eines **Ausschusses für Familienfragen** im Gemeinderat, Stadtrat bzw. im Kreistag,
- der Ratsvorlagen und Vorhaben der Gemeinde bzw. des Landkreises bezüglich deren Auswirkungen auf Familien und Kinder prüft und dazu Stellung nimmt (Familienverträglichkeitsprüfung);
(siehe agenda Familie / Heft Familienverträglichkeit / Bundesverband des Familienbund der Katholiken, insbesondere Prüfkriterien zur Ermittlung der Auswirkungen von Gesetz- und Verordnungsentwürfen auf Familien S. 28 ff)
 - der insbesondere die Jahresetat-Planung der Kommunen auf die Frage hin prüft, ob im Kommunaletat die richtigen Prioritäten im Sinne einer „Politik für Eltern, Kinder und Jugendliche“ gesetzt sind;
 - der eigene Vorstellungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Familien mit Kindern entwickelt und in die Arbeit der Gremien einbringt.

Entsprechend den Möglichkeiten, die die Gemeindeordnung einräumt, sollten im Ausschuss für Familienfragen neben Mitgliedern der Kommunalparlamente örtliche Vertreter der Familienverbände sowie Fachleute aus den Bereichen Frühe Hilfen, Kinderbetreuung, Jugendarbeit, Schule, Bildungs- und Beratungseinrichtungen beteiligt werden. Dies kann auch das lokale Bündnis für Familie sein.

Als Beispiel aus der Praxis für die Umsetzung der o.g. Punkte seien hier nur einige Instrumente genannt wie Familienforum, Familienbeirat, Familienbeauftragter, lokale Bündnisse für Familie, Familienverträglichkeitsprüfung, Arbeitsgruppe Familie, Familienbericht/Bestandsaufnahme und kommunaler Familientisch.

Wir fordern:

!!! Die Einrichtung einer **Koordinierungsstelle für Familienfragen**,

- die neben der Koordinierung von Familienangelegenheiten Eltern, Kinder und Jugendliche über kommunale und sonstige Maßnahmen der Familienförderung informiert und berät;
- die die Aufstellung eines längerfristigen Familienförderungsplanes begleitet. Dabei ist von dem Grundsatz auszugehen, dass auch im Bereich der Kinder-, Jugend- und Altenhilfe die Eigenkräfte der Familien sowohl in Bezug auf die Erziehungsaufgabe als auch in Bezug auf Pflege und Betreuung alter Menschen, Behinderter und Pflegebedürftiger gestärkt werden müssen;
- die die Fragen der Stadtplanung und der Baupolitik unter dem Aspekt des Zusammenlebens von Familien als auch der älteren Generation ständig überdenkt;
- die regelmäßig kommunale Familienberichte über die Lebensverhältnisse aller Generationen erstellt.

Die aus diesem Bericht ersichtlichen „Defizite“ in der Kommune, vor allem mit Blick auf gesellschaftliche Teilhabe, Chancengleichheit und Armut müssen benannt und entsprechende Gegenmaßnahmen eingeleitet werden. Die Lebenssituation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Bezug auf Ausbildung, beruflichen Einstieg und Existenzgründung sind besonders zu berücksichtigen.

Wir fordern:

!!! Den Aufbau und Ausbau von **kommunalen Familienpässen**

- die insbesondere kinderreichen Familien und Familien in besonderen Lebenssituationen die Teilhabe am wohnortnahen sozialen und kulturellen Leben ermöglichen. Dies gilt auch für die Integration von Familien mit Zuwanderungsgeschichte in das gesellschaftliche Leben.

2. Maßnahmen zur Förderung der Erziehung in der Familie

Kommunen sind in besonderer Weise verpflichtet, die Förderung der Erziehung in der Familie durch bedarfsgerechte, niederschwellige Angebote zu unterstützen. Entsprechende Maßnahmen sollen auf die Bedürfnisse und Interessen sowie auf gemeinsame Erfahrungen von Familien in unterschiedlichen Lebenslagen eingehen.

Die Beziehungen zwischen Familien und ihrer Wohnumwelt sollten berücksichtigt und die Eltern durch den Ausbau von Formen lebendiger Erziehungspartnerschaft und Elternmitwirkung in Kindertageseinrichtungen und Schule aktiv beteiligt werden. Schulungen für gewählte Elternvertreter, die sie zur Interessenvertretung befähigen, sollten regelmäßig veranstaltet werden.

Jedes Kind hat ein Recht auf die seinen individuellen Fähigkeiten entsprechende bestmögliche Förderung

– unabhängig von Herkunft oder Geschlecht. Die Förderung der Erziehung in der Familie durch die Kommune beinhaltet besondere Förderbereiche.

Wir fordern:

Bildungs- und Beratungsangebote

- !!! **Förderung der Familienhilfe freier Träger** durch Bau- und Unterhaltungszuschüsse, insbesondere für Kindertageseinrichtungen, Familienzentren, für Familienbildungsstätten, Ehe-, Familien-, Lebens- und Erziehungsberatungsstellen;
- !!! Förderung von **Schwangerenberatungsstellen** und deren begleitenden Hilfen für Mütter, Väter und Kinder;
- !!! **Förderung der Familienbildung** bei öffentlichen und freien Trägern;
- !!! qualitativer und bedarfsgerechter quantitativer **Ausbau von Angeboten der Betreuung** von Kindern in Kindergärten und Kindertagespflege
- !!! regelmäßige **Fortbildungen der Erzieherinnen** und eine damit notwendige Unterstützung und Wahrnehmung der Verantwortung durch die Kommunen;
- !!! **Verbesserung der Ausbildungs- und Qualitätsstandards** in der Kindertagespflege sowie die Sicherstellung der Aus- und Weiterbildung durch die Kommunen;
- !!! Schaffung eines qualifizierten Angebotes von **Ganztagsbetreuung** in Kindertageseinrichtungen und Schulen;
- !!! Schaffung eines qualitativ gut ausgebauten **Ganztagsschulsystems**, das sich an dem konkreten Bedarf der Kinder und Jugendlichen sowie ihrer Familien orientiert und diese einbezieht;

Jedes Kind hat ein
Recht auf die seinen
individuellen Fähigkeiten
entsprechende
bestmögliche Förderung
– unabhängig von
Herkunft oder
Geschlecht.

- !!! Förderung von Projekten und Maßnahmen in Kindertageseinrichtungen und Schulen zum Bereich „**Ernährung, Gesundheit und Bewegung**“;
- !!! Schaffung eines **kostenfreien Mittagstisches** für alle Schüler;
- !!! besondere **unterstützende Angebote** für Pflege- und Adoptiveltern;
- !!! Einrichtung einer **zentralen Beratungsstelle** für Fragen von Wohngeld, Wohnhilfen, Ausbildungsförderung, kommunale Familienhilfen etc. (Familienbüro);
- !!! Ausbau und Vernetzung der Angebote im Bereich **früher Hilfen für Eltern** (Familienhebammen, Besuchsdienste, Informationsdienste für junge Eltern, Babysitterangebote, etc.);
- !!! **Abbau von Barrieren** zur gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen in allen Lebensbereichen, vor allem in Bildung, Erziehung sowie Betreuung und Pflege;
- !!! **Teilhabe an Regeleinrichtungen** für Menschen mit Behinderung in Kitas und Schule;
- !!! **Frühförderung** behinderter oder von Behinderung bedrohter Kinder;
- !!! Weiterentwicklung **integrativer Betreuungsangebote** für Kinder mit Behinderungen;
- !!! **Entlastungsangebote** für Familien mit behinderten Kindern;
- !!! **Ausbau und Vernetzung** der Angebote für Senioren und ihre pflegenden Angehörigen.

3. Familie und Wohnen

Wohnen gehört zu den elementaren Grundbedürfnissen der Menschen. Für junge Paare ist die Frage nach einem bezahlbaren Wohnangebot und einer familienfreundlichen Infrastruktur neben der Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein wesentliches Entscheidungskriterium für die Wahl ihres Wohnortes und die Realisierung des Wunsches nach Kindern.

Für eine vorausschauende, zukunftsichernde Kommunalpolitik ist der Wohnungs- und Städtebau ein wirksames Instrument der kommunalen Familienpolitik.

Wir fordern:

- !!! Eine Unterstützung der Kommunen bei neuen Modellen im Bereich des **generationenübergreifenden Wohnens** (Mehrgenerationenhaus).
- !!! Eine Förderung der Modelle, die ein **Leben im Alter** in den bekannten vier Wänden so lange es geht ermöglichen. Hier ist besonders für Familien mit demenzerkrankten Angehörigen eine Entlastung durch neue Modelle der Betreuung und des Wohnens zu gewährleisten.
- !!! Intelligente Nachverdichtung vorhandener Wohnflächen sowie die Ausweisung und Entwicklung von mehr Bauland.
- !!! Erhalt und Ankauf von kommunalem Grundbesitz für eine aktive und nachhaltige Liegenschaftspolitik, um dauerhaft günstigen Wohnraum zu schaffen, zum Beispiel durch Erbbaurechte.
- !!! Gemeinwohlorientiertes, genossenschaftliches Bauen muss gestärkt werden.
- !!! Entwicklung innovativer Konzepte zur Reduzierung von Baukosten.

4. Gestaltung des „sozialen“ Erwerbsarbeitsmarktes als Aufgabe der Kommunen

Arbeit gehört zur unmittelbaren Würde des Menschen. Kommunalpolitik und regionale Wirtschaft sind aufgefordert, Eltern und vor allem jungen Menschen die Teilhabe am Erwerbsleben zu ermöglichen.

Wir fordern:

- !!! Jedem jungen Menschen muss nach seinem Schulabschluss ein Angebot für eine **qualifizierte Berufsausbildung** gemacht und perspektivlose Warteschleifen müssen abgeschafft werden.
- !!! Unternehmen sind stärker in die Pflicht zu nehmen, **ausreichend Ausbildungsplätze** zu schaffen.
- !!! Für Betriebe, die nicht ausbilden, muss eine **Umlagefinanzierung** als Solidaritätsbeitrag eingeführt werden.
- !!! **Prekäre Beschäftigungen** dürfen von den Kommunen nicht unterstützt werden. Der Zugang zu guter und gerecht bezahlter Arbeit muss für jeden jungen Menschen möglich sein.
- !!! **Schulen und Arbeitswelt** müssen regional besser **vernetzt** werden, um eine adäquate Anzahl von Ausbildungsplätzen für Jugendliche, insbesondere für Absolventen von Förderschulen und von jungen Menschen ohne Schulabschluss, zu garantieren. Ihnen muss die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in ihrem Wohn- und Lebensumfeld gewährleistet werden.
- !!! Die **Qualifizierung und Integration von Menschen mit Handicap** ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe für die die regionalen Arbeitgeber und alle gesellschaftlichen Gruppen, wie z.B. Gewerkschaften und Kirchen eine besondere Verantwortung tragen.
- !!! Projekte zur **Übernahme von Ausbildungspatenschaften** müssen gefördert werden.
- !!! Die **Bereitstellung von Erwerbsarbeitsangeboten** für Eltern, die längere Zeit von Arbeitslosigkeit betroffen sind, muss gewährleistet werden.
- !!! Der **Wiedereinstieg in den Beruf** muss durch individuelle Modelle ermöglicht werden.



Weitere Informationen zu unseren Positionen finden Sie auf unserer Homepage und in unseren Flyern.

www.familienbund-paderborn.de/service.

Kontakt

Familienbund der Katholiken im Erzbistum Paderborn e.V.

Kilianstraße 26
33098 Paderborn

☎ 05251/87952-05

☎ 05251/87952-07

info@familienbund-paderborn.de
www.familienbund-paderborn.de

Andrea Schütt

Diözesangeschäftsführerin
a.schuett@familienbund-paderborn.de

V. i. S. d. P. Elmar Dransfeld, Diözesanvorsitzender

